

Aktuelles Stichwort: Die richtigen Lehren aus dem Fall Wirecard ziehen

20. Mai 2021: Neben den notwendigen Konsequenzen für eine bessere Aufsicht, hat der Fall Wirecard gezeigt, dass im Finanzdienstleistungssektor die konsequente Umsetzung des Prinzips „same services, same risks, same rules“ endlich gelebte Praxis werden muss.

Ein Wandel zu mehr Wohlstand...

Zahlungs- und Finanzdienstleistungen durchlaufen gegenwärtig einen umfassenden digitalen Transformationsprozess, der maßgeblich von Technologiefirmen und Banken gestaltet wird. Die ökonomischen Auswirkungen dieses Wandels werden vor allem dann positiv sein, wenn es einen effektiven europäischen Binnenmarkt gibt, in dem sich Innovationen und technologischer Wettbewerb entfalten können. Ein funktionierendes Level Playing Field vorausgesetzt, kann ein solcher Wandel helfen, dass Europa seine Souveränität in einem ökonomischen Schlüsselbereich beibehält und möglichst ausbaut.

...durch einheitliche, punktgenaue Regulierung

Hierfür ist ein europaweit einheitliches Regelwerk aus gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben erforderlich, das das Prinzip „same services, same risks, same rules“ durchgängig einhält und folgende Grundsätze verfolgt:

1. Regulierung des Bankgeschäfts anstelle von Banken. Während geprüft werden muss, ob Technologieunternehmen, die wesentliche Nebendienstleistungen für Finanzdienstleistungen erbringen, zu wenig beaufsichtigt werden und daher mit in die Aufsicht einbezogen werden müssen, sollten Unternehmen eines Bankkonzerns auf der anderen Seite nicht pauschal und unabhängig von ihrem Tätigkeitsfeld der Bankaufsicht unterstellt werden.
2. Alle Risiken in der Zahlungsverkehrsabwicklung adäquat berücksichtigen. Risiken, die in der Prozesskette durch nicht beaufsichtigte Unternehmen bestehen, sollten detailliert analysiert werden. Neben dem Zahlungsrecht im engeren Sinne sollten hierbei angrenzende und ebenso in Überarbeitung befindliche Aufsichtsvorgaben mit betrachtet werden. Bei identifizierten

Risiken sollten die entsprechenden Prozessschritte als Zahlungsdienste eingeordnet werden.

3. Open Data ermöglichen. Auch Technologieunternehmen sollten verpflichtet werden, ihre jeweiligen Kundendaten anderen Unternehmen über einen standardisierten Zugriff (evtl. entgeltlich) zur Verfügung zu stellen, wobei der zeitlich begrenzte Auftrag jeweils durch den gemeinsamen Kunden erteilt werden muss.

4. Geldwäschebekämpfung durch ein europaweit gleiches Recht sowie Aufsicht vereinheitlichen und Zusammenarbeit der Behörden verbessern.

5. Faire Marktpraktiken zum Beispiel durch uneingeschränkte App-Zugänge auf den mobilen Endgeräten sicherstellen.

6. Vertrauen in das Gesamtsystem erhalten und den Wettbewerb nicht verzerren. Eine EU-Behörde zur direkten Beaufsichtigung systemrelevanter Zahlungsdienstleister und zur Kontrolle nationaler Aufsichtsbehörden könnte die bestehende Regulierungsarbitrage unterbinden.

Position des Bankenverbandes:

Mit den Vorschlägen soll keiner pauschalen Deregulierung von Banken oder einer undifferenzierten stärkeren Regulierung von Nicht-Banken das Wort geredet werden. Es geht um eine punktgenaue Regulierung, die die Risiken von Dienstleistungen, unabhängig davon, wer sie ausführt, mit jeweils denselben Vorgaben kontrolliert. So würde nicht nur ein noch höheres Niveau der Finanzstabilität erreicht, sondern zudem ein Wettbewerb entstehen, der Wohlstand erzeugt, das Vertrauen der Bürger stärkt und den Missbrauch von Daten und Marktmacht verhindert.

Kontakt:

Dr. Markus Kirchner
Associate Director
markus.kirchner@bdb.de

Link:

[Positionspapier](#)

Schlagwort:

Regulierung